

Pressemitteilung vom 19.9.2012

Grüne fordern Gesamtkonzept für Lemgos Schulen

Die 8. Schulrechtsnovelle von Ministerin Sylvia Löhrmann bringt neuen Schwung in die Lemgoer Schuldebatte. Die Fraktion von Bündnis 90/Die fordert jetzt eine Schulplanung für die ganze Stadt und ein ausreichendes öffentliches inklusives Angebot im Primar- und Sekundarbereich.

Fraktionsvorsitzender und Schulausschussmitglied Dr. Burkhard Pohl:

„Die Landesregierung setzt mit der neuen Klassenrichtzahl (23 SchülerInnen) demnächst Obergrenzen für die Eingangsklassen an einer Grundschule. Derzeit entspricht die Zahl der ersten Klassen an den staatlichen Lemgoer Schulen den Vorgaben aus Düsseldorf. Die demografischen Prognosen lassen aber im Primar- und Sekundarbereich Einbußen befürchten. Dann müssen Politik und Verwaltung neu beraten.

Voreilige Einzelbeschlüsse sind deshalb fehl am Platze. Vor Entscheidungen über einzelne Standorte fordern wir eine ehrliche und offene Schulplanung für ganz Lemgo – diese schließt auch den Blick auf die öffentlichen Schulen des Kreises ein. Es geht dabei um vieles: Inklusion, Ganzttag, gesunde Mittagsversorgung, energetische Sanierung und angemessene Baustandards. Diese pädagogischen und sozialen Ziele bringen qualifizierte Raumbedarfe mit sich, und diese müssen jetzt schon mitgedacht werden. Eines ist klar: Wir brauchen weiter ein hochwertiges und bedarfsgerechtes Angebot.

Die Grüne Fraktion fordert insbesondere eine Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes mit dem Schwerpunkt Inklusion. Inklusion als politischer Auftrag muss unabhängig von Standortfragen und für alle Altersstufen betrachtet werden – und über die Schule hinaus gehend.

Beim Ausbau der Inklusion darf die Stadt nicht einfach öffentliche Aufgaben im Bildungsbereich privatisieren. Das Schulministerium teilt in einer aktuellen Stellungnahme mit, *„dass es auch Aufgabe der Stadt Lemgo ist, für ein öffentliches inklusives Schulangebot zu sorgen. Sie muss außerdem ein bedarfsgerechtes Angebot öffentlicher Grundschulen bereitstellen und darf sich dieser Pflicht nicht dadurch entziehen, dass sie eine Ersatzschule initiiert.“* Für die Entwicklung der Inklusion sollten wir daher auch Kooperationen eigenständiger öffentlicher und privater Schulen prüfen, wie sie das Ministerium empfiehlt.“

Die Diskussion über den möglichen vorzeitigen Verkauf der Ostschule schlägt hohe Wellen.

Die Schuldebatte in Lemgo dreht sich vornehmlich um Standortschließungen. **Wenn jetzt Schulen geschlossen werden, müssen andernorts neue Räume geschaffen werden.**

Dabei darf die Stadt **nicht einfach öffentliche Aufgaben im Bildungsbereich privatisieren**. Das Schulministerium teilt in einer aktuellen Stellungnahme mit, „dass es auch Aufgabe der Stadt Lemgo ist, für ein öffentliches inklusives Schulangebot zu sorgen. Sie muss außerdem ein bedarfsgerechtes Angebot öffentlicher Grundschulen bereit stellen und darf sich dieser Pflicht nicht dadurch entziehen, dass sie eine Ersatzschule initiiert.“ Für die Entwicklung der Inklusion sollten wir daher Kooperationsverbände eigenständiger öffentlicher und privater Schulen prüfen, wie sie das Ministerium empfiehlt.“

muss auch geklärt werden, wie mögliche Kooperationsformen zwischen Ersatzschulen und öffentlichen Schulen gestaltet und wie Ersatzschulen in den inklusiven Prozess einbezogen werden können. Dies könnte auf der Grundlage von §4 Abs. 1 SchulG unter Wahrung der rechtlichen und organisatorischen Eigenständigkeit der Schulen als „assozierte Partner“ im Kooperationsverbund durch Kooperationsvereinbarungen geschehen.“

Auf Lemgoer Stadtgebiet gibt es noch zwei weitere Förderschulen in öffentlicher Trägerschaft (Stadt/Kreis). Hier wollen wir Kooperationen über das bisherige Maß hinaus prüfen. Darüber hinaus muss eine Beschulung in den weiterbildenden Schulen ab Klasse 5 im Sek. I- und Sek. II-Bereich ausgebaut bzw. intensiv verfolgt um die UN Konvention umzusetzen.

1) Ehrliche und offene Schulplanung für ganz Lemgo

Vor weiteren Beschlüssen über einzelne Schulen fordern wir ein **Gesamtkonzept für ganz Lemgo**.

Das heißt:

Wer über die Ostschule reden und beschließen will, muss auch zu Hörstmar, Lieme, Kirchheide, Kampstraße, Brake und der Südschule Stellung beziehen.

2) Sparziel konkretisieren

Der Rat hat ein **Sparziel von 340.000€** im Produkt Schulen beschlossen. In der Haushaltskommission wurden verschiedene Schulstandorte zur Disposition gestellt, jedoch keine konkreten Beschlüsse gefasst. Für das Jahr 2013 sind 120.000€ Einsparung eingeplant. Wir fordern Auskunft darüber, welche Maßnahmen bisher zu welchen Einsparungen führten und welche weiteren Maßnahmen mit welchen Einsparsummen bis 2015 anvisiert sind.

3) **Schwerpunkt Inklusion**

Wir fordern insbesondere eine Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes mit dem **Schwerpunkt Inklusion** als Querschnittsaufgabe. Inklusion als politischer Auftrag muss dabei unabhängig von Standortfragen und für alle Altersstufen betrachtet werden. Dabei darf die Stadt nicht leichtfertig öffentliche Aufgaben im Bildungsbereich privatisieren. Dies teilt auch das Schulministerium in einer aktuellen Stellungnahme mit.

Aktuell wird über die Stiftung Eben-Ezer und deren Ersatz der Ostschule gesprochen. <Zur Diskussion steht z.Z. die Übernahme der Ostschule durch die Stiftung Eben-Ezer und damit verbunden die Errichtung /Gründung einer neuen Grundschule in privater Trägerschaft, um die UN Konvention der Inklusion umzusetzen bzw. Rechnung zu tragen.>

Auf Lemgoer Stadtgebiet gibt es noch zwei weitere Förderschulen in öffentlicher Trägerschaft (Stadt/Kreis). Hier wollen wir Kooperationen über das bisherige Maß hinaus prüfen.

Das heißt:

Kooperationen mit der Anne-Frank-Schule (Schwerpunkt Lernen) und der Astrid-Lindgren-Schule (Schwerpunkt Geistige Behinderung) sollten angestrebt bzw. intensiviert werden. Darüber hinaus muss eine Beschulung in den weiterbildenden Schulen ab Klasse 5 im Sek. I- und Sek. II-Bereich ausgebaut bzw. intensiv verfolgt um die UN Konvention umzusetzen.

Für den Verbleib der Anne-Frank-Schule muss eine möglichst ortsnahe Lösung gefunden werden. <Für die Schüler mit dem Schwerpunkt Lernen (Anne-Frank-Schule) muss intensiv eine Lösung ausgearbeitet werden, die ortsnahe Beschulung gewährleistet.>

4) **Ostschule – Eben-Ezer**

Die Ostschule hat einen Bestandsschutz bis mindestens 2014. Danach sollen die Anmeldezahlen über den Weiterbetrieb entscheiden. Für 2013 sind weitere Vorgaben des Landes zu den Klassenfrequenzen zu erwarten.

Hinsichtlich einer Aufhebung dieses Beschlusses und eines eventuellen Verkaufs an Eben-Ezer sehen wir offene Fragen. Eine stabile Schule in der Kernstadt würde aufgegeben und an einen privaten Träger übertragen; öffentliche Grundschulen bestünden dann vor allem an der Peripherie.

Die Politik muss daher folgende Fragen klären:

→ Inwieweit soll die Stadt Inklusion an Dritte delegieren, statt sie an eigenen Schulen umzusetzen?

→ Laut Mitteilung des Schulministeriums darf die Stadt Lemgo sich nicht der Verantwortung für ein öffentliches inklusives Schulangebot entziehen.

→ Warum kommen keine anderen städtischen Standorte mit schulischer Nutzung in Betracht?

→ Wie sieht die weitere Planung für den Standort Brake aus?

9) **Lemgoer Bildungskonferenz – alle beteiligen**

Die Entscheidungen im Bildungswesen sind bedeutend: Kitas, Schulen und außerschulische Bildung müssen kooperieren und wachsen zusammen. Viele Mitspieler sind beteiligt: Einrichtungen, Eltern, Beratung, Politik, Verwaltung, ...

Sie alle müssen in einer Lemgoer Bildungskonferenz gehört werden. Die traditionelle Schulpolitik hinter verschlossenen Türen und im Schulausschuss ohne Mitsprache der Betroffenen ist überholt. Sie führt zu Unmut in der Bevölkerung und bei den im städtischen Bildungswesen Beschäftigten, der schon jetzt deutlich zu spüren ist.